

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

April 2014

Jahrgang 43

Freihandelsabkommen (TTIP) EU-USA

Ein europäischer Skandal

Gegen Arbeits- Sozial- und Gewerkschaftsrechte

Ein sogenanntes Freihandelsabkommen, das gegenwärtig zwischen den USA und der EU verhandelt wird, ist alles andere als ein Abkommen im Sinne der Menschen beider Kontinente.

Es geht grundsätzlich nicht um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, sondern vor allem, wie es dem Kapitalismus zugeschrieben wird, um die Sicherung und Verbesserung privater Profite.

Es geht nicht um den Wegfall von Zollschranken, es geht um eine groß angelegte Liberalisierung einer Vereinheitlichung aller demokratischer und sozialer Rechte.

Handelshindernisse abbauen:

Was bedeutete das? Handelshindernisse sind keine Zölle. Unter Handelshindernisse oder Handelsbeschränkungen werden nationale Normen und technische Festlegungen verstanden, wie z.B. die CO2-Abgaswerte, die sich in den USA auf die Fläche der Autos beziehen, in Europa dagegen auf das Gewicht. Nationale Normen, Regelungen, und Verordnungen, so wurde bekannt, müssen abgebaut oder gegenseitig anerkannt werden.

Eine solche gegenseitige Anerkennung, oder gar der Abbau, bedeutet immer eine Absenkung der nationalen Standards nach unten, weil niedrigere Standards erlaubt sind. Im Ergebnis bedeutet dies niedrigste Werte beim Umwelt- und

Verbraucherschutz, bei staatlichen Regulierungen, bei den Sozial- und Arbeiterrechten. Besonders pikant ist, dass die USA von den acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeits-

organisation (ILO) nur zwei unterzeichnet haben.

Die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Gewerkschaft, denken wir an das Tarifrecht, werden zwischen Europa und den USA nach unten konkurriert. Auch die kommunale Daseinsvorsorge ist bedroht, wenn wir z.B. an unsere Wasserrechte denken.

Klagerechte für Konzerne gegen den Staat, also gegen uns, sollen vor Schiedsgerichten

möglich sein, wenn durch Gesetze ihre Profite geschmälert werden.

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA müssen gestoppt werden.

Der gegenwärtige Verhandlungsstand muss veröffentlicht werden.

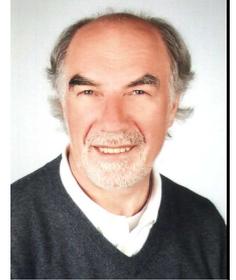
Es geht um unsere demokratischen und sozialen Rechte.

Gewerkschaftsrechte verteidigen.

Widerstand muss organisiert werden



★ Kandidatinnen und Kandidaten auf der DKP - Liste zur Gemeinderatwahl am 25. Mai 2014 ★



Reinhard Püschel



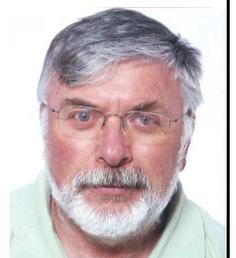
Claudia Cina



Wilhelm Benz



Imke Stricker
parteilos



Johann Holzheu

Wenn Du DKP wählst - liegst Du richtig!

„Für immer lebendiger Xingu“

Am Xingu-Fluss im brasilianischen Amazonasbecken soll "Belo Monte", der drittgrößte Staudamm der Welt, entstehen. Die dort lebende indigene Bevölkerung verliert dadurch ihre Lebensgrundlage. Abgeholzter Urwald, Verlust der Fischgründe und Land unter für die Kleinbauern sind die Folgen. Nach Feststellung der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verletzt die brasilianische Regierung mit dem Projekt die Menschenrechte der dort lebenden Bevölkerung. Infolge der Eingriffe in die Natur wird der Xingu-Fluss, in dem Lebensbereich der Einwohner, 80% weniger Wasser führen. Moskitobefall und Krankheiten werden die Folgen sein. Der Fischfang und der Fluss als Verkehrsader erliegen. 100 tausend Menschen strömen voraussichtlich in die Region, in der Hoffnung Arbeit zu finden. Lediglich 2000 bis 5000 Arbeitskräfte werden langfristig benötigt. Soziale Konflikte sind vorprogrammiert. Durch den Zuzug stößt die öffentliche Infrastruktur, z.B. das Gesundheitswesen, der Verkehr, das Wohnen, die Schulen an die Grenzen. Trotz eines verfügbaren Baustopps, wegen Nichterfüllung von Auflagen, wird weitergebaut. Die Korruption wuchert und die Justiz hat ihre Unabhängigkeit zugunsten der ausführenden Firmen und der Politiker aufgegeben. Die Voith Konzernleitung vertraut auf den Rechtsstaat Brasi-

lien. Sie verschliesst ihre Augen vor dem schreienden Unrecht am Xingu-Fluss.

Die betroffene Bevölkerung fordert einen sofortigen Baustopp und "dass wir gehört werden. Dann erfahren die Firmen dass wir unser Land behalten und dass wir keine Diktatur der Profitmaximierung wollen".

Solche Worte mögen die Voith Manager nicht. Sie hüllen sich in Schweigen. Einer Delegation von Kritikern erteilte die Konzernführung zu einem zuerst zugesagten Gespräch eine Absage. Wohl deshalb, weil die Schilderungen einer Vertreterin der indigenen Bevölkerung zu belastend und anklagend sind.

Den Energiehunger mit Umwelt- und Existenzzerstörenden Großprojekten stillen zu wollen ist der falsche Weg. Nur in Abstimmung und Planung mit den betroffenen Menschen und ohne privatem Profitstreben, bei einer gerechten Verteilung des Erreichten kann die Forderung der Menschen am Fluss erfüllt werden: -"Für immer lebendiger Xingu".-

Hans Bernhard

Daimler würdigt VOITH

Wer ist VOITH?

VOITH hat den „Daimler Supplier Award 2013 für „Technisches und Infrastrukturelles Facility“ Management erhalten. Wer hat ihn vor den rund 450 Gästen entgegengenommen? Dr. Lienhard der Boss? Wie wurde der Preis und mit wieviel Euro dotiert? Hatte er bei der Preisverleihung nicht wenigstens die Arbeiter und Angestellten dabei? Die rund 1000 VOITHianer die bei VOITH Industrial Services eingestellt sind, arbeiten aber bei Daimler Sindelfingen, Untertürkheim, usw. Sie arbeiten nicht nach IG Metall-Tarif. VOITH bezahlt gerade mal 9,- Euro/Stunde nach dem Tarif für Reinigungskräfte der IG Bau.

Diese Stundenlöhne sind preiswürdig. Für wen? Als erstes für Daimler, und als zweites für VOITH, der die billigen Instandhaltungs-Beschäftigte für etwas mehr als 9,- Euro/Stunde an Daimler vermietet.

Mit der Ware Arbeitskraft wird immer noch „Schindluder“ getrieben.

Wo bleibt der Kampf für das Tarifprinzip: „Ein Betrieb und eine Gewerkschaft?“ Wo bleibt der Kampf für die Abschaffung der Leiharbeit oder zumindest der Kampf für einen Mindestlohn von mindestens 10,50 Euro? Diese Auszeichnung von Daimler an VOITH muss den Beschäftigten in Form einer kräftigen Lohn/Gehaltserhöhung weiter gegeben werden.



**Zur Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014
„Na klar: DKP wählen!“**

Betriebsratswahl 2014

Wir wünschen den neu gewählten Betriebsrätinnen und Betriebsräten viel Kraft und Stehvermögen im Kampf gegen die Unverschämtheiten des Kapitals



Karikatur (GM): Harm Bengen

Das hätten sie gerne, die Herren Unternehmer, dass sich die Arbeiter- und Angestelltenvertretungen mit der Krawattenauswahl ihres Boss beschäftigen.

Nach § 80 Betr.VG sind sie aber den Beschäftigten verpflichtet. Sie haben darüber zu wachen, dass geltende Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden. Sie können Maßnahmen beantragen, die der Belegschaft dienen.

Aber gerade dieser Paragraph macht deutlich, dass es einen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gibt. Denn Maßnahmen die der Belegschaft dienen, müssen auch im Betrieb gemeinsam gegen den Boss erkämpft werden.

Erneuter Angriff auf das Streikrecht

Streikrecht verteidigen! Koalitionsvertrag bringt Gefahr für die Koalitionsfreiheit

2011 machte unter Gewerkschaftern eine alarmierende Meldung die Runde. DGB-Gewerkschaftsführungen hatten (unter dem Schlagwort „Tarifeinheit“) gemeinsam Hand in Hand mit Unternehmerverbänden eine Gesetzesinitiative zur Änderung des Streikrechtes vorgeschlagen. Demnach sollte für jeden Betrieb nur noch ein Tarifvertrag gelten, nämlich der von der Gewerkschaft, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat.

Welche Folgen das hat, zeigt sich an einem Beispiel von verdi. Wenn in einem Krankenhaus die Ständeorganisation Marburger Bund einen Tarifvertrag abschließt, dann wären auch die verdi-Mitglieder an die „Friedenspflicht“ gebunden. Mann/frau stelle sich vor, eine „gelbe“ Gewerkschaft vereinbart einen niedrigen Tarifabschluss mit langer Laufzeit, und wer während dieser für Lohnerhöhungen streikt, kann für den finanziellen Schaden regresspflichtig gemacht werden.

Man/Frau stelle sich die Schwierigkeiten bei der Mitgliedergewinnung vor, wenn jede Gewerkschaft in jedem Betrieb dem Unternehmer gegenüber nachweisen müsste, wer alles Mitglied ist, um ihre Tarifeinheit zu beweisen. Gewerkschafter/Innen, gewerkschaftliche Gliederungen und Gremien liefern gegen die geplante massive Ein-

Gegner das Streikrecht noch weiter zu reglementieren, zu beschneiden, sei Verrat der Gewerkschaftsführungen, meinen Viele.

Befürworter der Streikrechtsänderung unterstellen, Minderheitsgewerkschaften würden sich

vom vorhandenen (zur Verfügung stehenden) Verteilungsvolumen, aufgrund ihrer privilegierten Stellung an wichtigen Schalthebeln, ungebührlich viel erkämpfen, das dann den

Anderen fehle – sie würden sich quasi auf Kosten der schlechter positionierten Kolleg/Innen bereichern. Das müsse man unterbinden.

Die Gegner machen darauf aufmerksam, dass es ein gesetztes Verteilungsvolumen nur dann gibt, wenn man überhaupt nicht mehr in Erwägung zieht, die Profite der Kapitaleseite zu beschneiden. Dass es eben nicht darum geht, das Stück vom

Kuchen, das die Unternehmer den Beschäftigten zugeordnet haben, gerecht zwischen diesen aufzuteilen, sondern den ganzen Kuchen umzuverteilen zugunsten der Beschäftigten, zu Lasten der Unternehmer.

Namhafte gewerkschaftliche Arbeitsrechtler, wie z. B. Wolfgang Deubler, erheben schwere rechtliche Bedenken gegen das Vorhaben.

Unter dem massiven Druck der Basis zogen die Gewerkschaftsführungen einst ihre Initiative zurück. Damit war die Gesetzesänderung vom Tisch – vorläufig!

Nun kommt der gleiche Angriff erneut. Diesmal in Form der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD. Offiziell sind die Gewerkschaften diesmal nicht involviert. Das vermindert die Anfälligkeit gegen Basisproteste. Funktionäre (wie z. B. der neue IGMetall-Vorsitzende Wetzel) klatschen diesmal aus der zweiten Reihe Beifall. Ein massiver Angriff auf die verfassungsmäßige Koalitionsfreiheit, auf das Streikrecht, auf das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bleibt das Vorhaben trotzdem. Grund genug, wieder massenhaft Widerstand zu organisieren.

UZ 06.12.2013

Manfred Jansen, BV-Ba.-Wü.

Olaf Harms, PV Essen



schränkung des (verfassungsrechtlich garantierten) Grundrechtes auf Koalitionsfreiheit Sturm. Gemeinsam mit dem

Leiharbeit: Die unheimlich heimliche Tarifrunde

Dass die Gewerkschaften ihrer Verantwortung oft nicht gerecht werden, sondern teilweise sogar der Unterbezahlung und Spaltung der Arbeiterklasse den Weg ebnen, zeigt der unrühmliche Tarifabschluss zur Leiharbeit.

Nach geltendem EU-Recht müssen Leiharbeiter, vom ersten Tag an, gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen bekommen, wie die Beschäftigten im Entleiher-Betrieb. Aber nach deutschem Recht gilt das nur dann, wenn es keine speziellen Tarifverträge für Leiharbeit gibt. Es gibt sie aber! Dass die DGB-Gewerkschaften sie einst abgeschlossen haben, sollte ein Schutz sein gegen die Dumping-Tarifverträge der so genannten „Christlichen Gewerkschaften“. Denen aber hat zurecht das Bundesarbeitsgericht inzwischen, die Tariffähigkeit abgesprochen.

So sind die neuen DGB-Tarifverträge, die das EU-Recht, dass für gleiche Arbeit der gleiche Lohn zu bekommen



ist, gebrochen.

Die Fortsetzung der Ungleichbehandlung für Leiharbeit am Band oder anderen Tätigkeiten gegenüber den Stammbeschäftigten bleibt bestehen. Schon, dass die richtige Forderung „Leiharbeit verbieten!“ durch die illusionäre Parole „Leiharbeit fair gestalten“ ersetzt wurde, war unverständlich. Wenn jetzt sogar Tarifverträge EU-Recht brechen, wird das Günstigkeitsprinzip

im Tariffrecht missachtet. Diesen Skandal können die Gewerkschaften so nicht stehen lassen.

Im Vorzeigebetrieb VOITH gibt es Beschäftigte zweiter Klasse. Mehr als 1000 VOITHianer sind bei VOITH Industrial Services eingestellt, arbeiten aber bei Daimler Sindelfingen, Untertürkheim, usw. Sie arbeiten nicht nach IG Metall-Tarif. VOITH bezahlt gerade mal 9,- Euro/Stunde nach dem Tarif für Reinigungskräfte der IG Bau. Das Tarifprinzip, ein Betrieb ein Unternehmen eine Gewerkschaft und einheitliche Tarifverträge, wird auch hier verletzt. Für die Gesamt- oder Konzernbetriebsräte ist hinsichtlich der Tarifeinheit noch viel zu tun.



Aufmarsch ehemaliger SS-Angehöriger in Riga

Schreiben an die Botschafterin der Republik Lettland von Dr. Ulrich Schneider,
Generalsekretär der Fédération Internationale des Résistans (FIR)
Association Antifascist:

Sehr geehrte Damen und Herren,
Seit mehreren Jahren protestieren wir, die Dachorganisation ehemaliger Kämpfer der Anti-Hitler-Koalition, Widerstandskämpfer und Partisanen, Verfolgter des Naziregimes und ihre Hinterbliebenen, sowie heutiger Antifaschisten aus 25 Ländern Europas und Israels gemeinsam mit antifa-schistischen Kräften aus verschiedenen Ländern gegen den Aufmarsch ehemaliger SS-Angehöriger und junger Verherrlicher der SS-Tradition am 16. März eines jeden Jahres in Riga.

Es ist für uns unvorstellbar, dass ein Land, das einen Platz in der Gemeinschaft der europäischen Völker beansprucht, solchen Organisationen erlaubt, öffentlich für die Rehabilitierung dieser verbrecherischen Traditionen einzutreten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – ein Verbrechen gegen die Menschheit, wie der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg 1945 feststellte. Ebenfalls haben wir keinerlei Verständnis dafür, dass sol-

che Verbrecher, die für tausende Tote auch an der Zivilbevölkerung Verantwortung tragen, als „Kämpfer für die Freiheit Lettlands“ tituiert werden.

Und es ist für uns noch unvorstellbarer, dass in einer Stadt, die als europäische Kulturstadt 2014 ausgewählt worden ist, solch ein Naziaufmarsch geduldet wird, jedoch diejenigen, die gegen solch verhängnisvolle Traditionen protestieren wollen, von den Sicherheitskräften als „Verleumder Lettlands“ oder als „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ denunziert werden.

Auch in diesem Jahr wird die FIR ihr Recht auf öffentlichen Widerspruch gegen SS-Rehabilitation in Riga wahrnehmen. Neben Antifaschisten aus den skandinavischen Ländern und Deutschland wird auch unser Präsident an diesen Protesten teilnehmen. Wir erwarten von den lettischen Autoritäten, dass sie gewährleisten, dass dieser Protest ohne Einschränkung ermöglicht wird.

Dr. Ulrich Schneider Generalsekretär der FIR

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30
Kreissparkasse Heidenheim
Vielen Dank!

Aufstocken trotz Mindestlohn

Laut verschiedener Pressemeldungen wären hunderttausende Beschäftigte, trotz des von der GroKo geplanten Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde, weiterhin auf Hilfe durch Hartz IV angewiesen. 41 Prozent oder rund 740 000 der alleinstehenden Hartz-IV-Empfänger bräuchten selbst bei einer Vollzeitbeschäftigung ergänzende Grundsicherungsleistungen, weil ihre Wohnkosten mehr als 345 Euro monatlich be-

tragen.
N a c h
Z a h l e n
d e r
B u n d e s a g e n t u r
f ü r
A r b e i t
w ü r d e n
i n
W e s t d e u t s c h l a n d
d i e
8,50
E u r o
s o g a r
b e i
48,8
P r o z e n t
d e r
a l l e i n s t e h e n d e n
H a r t z - I V - E m p f ä n g e r
n i c h t
a u s r e i c h e n,
u m
o h n e
z u s ä t z l i c h e
s t a a t l i c h e
U n t e r s t ü t z u n g
a u s z u k o m m e n.
E i n
G r o K o - S k a n d a l.

100 Jahre Erster Weltkrieg,
75 Jahre Zweiter Weltkrieg,
15 Jahre Kriegseinsätze der Bundeswehr:

Sagt Nein zu Krieg!



Stuttgart
Karsamstag, 19. April 2014
11.30 Uhr AFRICOM (Kaserne Möhringen)
13.30 Uhr Lautenschlagerstr. (beim HBF)
ca. 14.30 Uhr Schloßplatz

stermarsch 2014



Kandidatinnen und Kandidaten auf der DKP - Liste zur Gemeinderatswahl am 25. Mai 2014



Ercan Üc parteilos



Silvia Bauder parteilos



Thomas Bernhard



W. Kasun parteilos



Haralpos Tsakaridis



A. Kerscher parteilos



R. D. Hipp parteilos



Marga Riebe



G.W. Bauder parteilos



Karin Stricker parteilos



Hans Fischer



C. Auerhammer



Peter Stricker



Wo DKP draufsteht ist linke Kommunalpolitik drin



V.i.S.d.P. DKP-Heidenheim U. Huber